

BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH

- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -

Tel.: **0 25 73-9 79 14 50**, Fax: **0 25 73-9 79 14 51**,

E-Mail: brh-aktuell@gmx.de , Postanschrift am Ende (auf Seite 4 unten)

V.i.S.d.P. Dr. Riedel

Nr. 22/2013

15.11.2013

- 01 dbb Bundessenienkongress am 18. und 19. November 2013**
- 02 Aus der Rechtsprechung: Steuerermäßigung für Heimbewohner auch bei Teilnahme an einer „Gemeinschaftsverpflegung“**
- 03 Im sozialen Netzwerk kommunizieren ohne Angst**
- 04 Neues Infoblatt zu chronischen Krankheiten**
- 05 Verbände legen "10-Punkte-Plan für eine große Pflegereform" vor**
- 06 Alterssicherung der in der DDR geschiedenen Frauen**
- 07 „Altersgerechte Arbeitswelt“**
- 08 Lesermeinung**
- 09 Mitmachen – Nicht meckern!**

01 dbb Bundessenienkongress am 18. und 19. November 2013

Zur Gründung der Bundessenienvertretung wird am 18. und 19. November 2013 im NOVOTEL Berlin Am Tiergarten der erste Bundessenienkongress unter dem Motto „ALTER?(nativ)LOS! - dbb bundessenienvertretung“ stattfinden, zu dessen zentralen Aufgaben die Festlegung der Grundsätze der Seniorenarbeit im dbb und die Wahl der ersten Geschäftsführung der dbb bundessenienvertretung gehören. Die neue Bundessenienvertretung wird - so ist es geplant - die besonderen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Interessen der Ruheständler und Rentner unter den Einzelmitgliedern der Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften des DBB auf Bundesebene vertreten und sich mit aktuellen Fragen der Seniorenpolitik befassen. Zu dem Kongress konnten die Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften, die Versorgungsempfänger/innen und Rentner/innen mit eigener Struktur organisieren, Anträge stellen (§ 4 Abs. 5c Satzung der Bundessenienvertretung).

Die BRH-Landessenienverbände sind unter 135 stimmberechtigten Delegierten mit 5 Delegierten aus 5 Ländern vertreten (Stand 14.10.13). Die Anzahl der Delegierten pro Fachgewerkschaft und Landesbund soll die Menge der von ihnen als Mitglieder betreu-

ten Seniorinnen und Senioren widerspiegeln. Auf den ersten Plätzen stehen die Lehrer-gewerkschaften VBE und Philologenverband gefolgt von der DStG. Die Plätze 4,5 und 6 teilen sich DPVKOM, GDL und komba. Die Plätze 7, 8 und 9 teilen sich Beamtenbund BW, BDZ und DPoIG. Es folgen dann 10. VBB und die Plätze 11 bis 15 teilen sich Bayerischer Beamtenbund, BLBS, BSBD, DVG und VDR, so wie sich die Plätze 16 bis 21 BDF, BTB, DBB NRW, GdS, VBBA und VBOB teilen. Andere Fachgewerkschaften und Landesbünde stellen einen Delegierten (Stand 14.10.13). Einige der Delegierten sind gar keine Seniorinnen oder Senioren sondern Funktionäre, die soweit nicht freigestellt, noch im aktiven Dienst arbeiten sollten. Dies ist vergleichbar, als wenn der Deutsche Beamtenbund bei der dbb bundesfrauenvertretung Männer in Führungspositionen einsetzen würde. Man könnte befürchten, dass es den Fachgewerkschaften im Deutschen Beamtenbund weniger um das Wohl ihrer Mitgliedsseniorinnen und –senioren geht als viel mehr um den Erhalt von Mitgliedbeiträgen, die wegen der laufenden Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst erheblich einbrechen würden.

02 Aus der Rechtsprechung: Steuerermäßigung für Heimbewohner auch bei Teilnahme an einer „Gemeinschaftsverpflegung“

Die Steuerbegünstigung für „haushaltsnahe Dienstleistungen“ (§35a EStG) können bekanntermaßen auch „Heimbewohner“ in Anspruch nehmen, sofern sie dort über einen „eigenständigen und abgeschlossenen Haushalt“ verfügen. Begünstigt waren dann aber bisher in jedem Fall die (gegebenenfalls anteiligen) Aufwendungen für die Reinigung, den Hausmeister und die Gartenpflege. Nach einem Urteil des Finanzgerichts Baden-Württemberg sind nun auch die Aufwendungen für die Zubereitung des Mittagessens in einer zentralen Küche sowie für das Servieren der Mahlzeit in einem Speisesaal entsprechend zu behandeln (Az: 3 K 3887/11).

Quelle: Der BRH in NRW 58/06/2013

03 Im sozialen Netzwerk kommunizieren ohne Angst

Broschüre: **PC-Schule für Senioren: Facebook für Einsteiger** - Mit Freunden in der ganzen Welt Kontakt halten und trotzdem Daten und Privatsphäre schützen? Der Ratgeber der **Stiftung Warentest** aus der Reihe „PC-Schule für Senioren“ zeigt leicht und verständlich, wie das größte soziale Netzwerk funktioniert und erklärt Schritt für Schritt die Vorgehensweisen – vom Anlegen des eigenen Profils über Freundschaften schließen, Gruppen beitreten, Fan werden, Beiträge posten bis Bilder und Videos einstellen. Mit vielen Bildern werden die ausführlichen Anleitungen veranschaulicht. Tipps, wie man richtig kommuniziert und interessante Funktionen für ältere Menschen, finden sich ebenso im Buch.

Das Buch „Facebook für Einsteiger“ aus der Reihe PC-Schule für Senioren hat 224 Seiten und ist für **14,90 €** im Buchhandel/am Kiosk erhältlich oder kann unter

<http://www.test.de/shop/bildung-beruf/facebook-fuer-einsteiger-sp0400/> bestellt werden.

<http://www.test.de/presse/pressemitteilungen/PC-Schule-fuer-Senioren-Facebook-fuer-Einsteiger-Kommunizieren-ohne-Angst-4631328-0/>

04 Neues Infoblatt zu chronischen Krankheiten

Chronische Erkrankungen wie Diabetes, Asthma oder Krebs schränken die Lebensqualität oft erheblich ein. Die Behandlung erfordert eine intensive Betreuung durch Ärzte verschiedener Fachrichtungen und andere Heilberufler. Das aktuelle Infoblatt des Bundesgesundheitsministerium „**Chronisch krank – was nun?**“ fasst die wichtigsten Punkte zu

Früherkennung und Behandlung zusammen und erläutert die besonderen finanziellen Regelungen für Chroniker.

Das Infoblatt können Sie hier abrufen:

https://www.bmg-gp.de/GP_IB_Chronisch_krank.pdf

Keinen Internetanschluss? Kein Problem! Schreiben Sie eine Postkarte an BRH-aktuell (Anschrift auf Seite 4 unten) – wir bestellen die Broschüre für Sie.

05 Verbände legen "10-Punkte-Plan für eine große Pflegereform" vor

Gemeinsam mit der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, der Verbraucherzentrale Bundesverband und mit Dr. h.c. Jürgen Gohde, dem ehemaligen Vorsitzenden des Beirats für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, hat der Sozialverband VdK einen 10 Punkte-Plan für eine große Pflegereform erarbeitet und heute veröffentlicht. **Das 10-Punkte-Programm für eine zukunftssichere Pflege im Überblick:**

1. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff braucht eine gesetzliche Grundlage ohne Einschränkungen.
2. Pflege- und versorgungsgerechte Arbeitszeitregelungen ohne Nachteile für die Betroffenen.
3. Pflege darf nicht zur Armutsfalle werden – sichere rentenrechtliche Absicherung für Pflegenden.
4. Reha vor Pflege bei allen Altersgruppen – Präventions- und Rehabilitationsoffensive notwendig.
5. Integrierte Versorgung bei Multimorbidität als Pflichtleistung der Krankenversicherung.
6. Intensivierte Forschung und verbesserte Früherkennung bei Demenzerkrankungen.
7. Pflege in vertrauter Umgebung – Förderung der quartiersbezogenen Pflege- und Versorgungsorganisation.
8. Infrastrukturoffensive – Ziel kommunaler Daseinsvorsorge muss zukünftig die möglichst umfassende Sicherung selbstbestimmten, unabhängigen Lebens sein.
9. Verbesserung der Personalsituation in den pflegenden Einrichtungen.
10. Ein Solidarausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung.

http://www.vdk.de/deutschland/pages/presse/vdk-pressemeldung/66493/verbaende_legten_10_punkte-plan_fuer_eine_groesze_pflegereform_vor

06 Alterssicherung der in der DDR geschiedenen Frauen

In einem Beitrag erläutert Dorothea Seefeld, Mitglied im **Verein der in der DDR geschiedenen Frauen**, die Situation dieser Frauen, die nach Meinung des Vereins bezüglich der Alterssicherung die größte Gruppe der Verliererinnen der Deutschen Einheit sind.

Die Mindestrente war den Frauen in der DDR sicher, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt waren: 1. 15 Jahre versicherungspflichtige Beschäftigung oder 2. 15 Jahre freiwillige Versicherung von mtl. 3 Mark oder 3. sie hatten 5 Kinder geboren.

Der größte Teil der Frauen erfüllte diese Bedingungen. Eine Mindestrente ist wesentlich mehr als die heutige Grundsicherung. Mühsam Ersparnes bleibt unangetastet. Die Mindestrente wird wie jede Rente regelmäßig angepasst usw. Man darf nicht vergessen, dass zur Rente in der DDR weitere „geldwerte Leistungen“ kamen. Rentner/innen konnten fast überall mit ermäßigten Eintrittspreisen rechnen, brauchten keine Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu zahlen, Wohnungen von Rentnern waren unkündbar, Zuverdienst war unbegrenzt möglich, die Lebenshaltungskosten waren allgemein niedrig usw.

Nachdem aber im Zuge der Rentenüberleitung in Westrecht alle diese frauenspezifischen Vorteile des DDR-Rentensystems gestrichen wurden, mussten vor allem die geschiedenen Frauen davon ausgehen, dass die entsprechenden westdeutschen Regelungen übernommen würden. Alle anderen Frauen können im Falle der Scheidung wenigstens mit dem VA oder einer Geschiedenen-Witwenrente rechnen. Der Einigungsvertrag sagt aber kurz und bündig: Einen Versorgungsausgleich (VA) für vor 1992 Geschiedene gibt es nicht.

In der Zeit von 1992 bis 1996 galt das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG). Es wurden vorübergehend beide Renten errechnet und die höhere gezahlt. 83% der Frauen hatten die höhere DDR-Rente (nach DDR-Rentenrecht berechnet). Der Teil der DDR-Rente, der höher war als bei der Westrente, wurde „Auffüllbetrag“ genannt. Dieser wurde seit 1996 allmählich abgeschmolzen,

sodass viele Rentnerinnen bis heute keine Rentenerhöhung hatten. Die Frauen, die nach 1996 in Rente gingen, bekamen nur noch die meist niedrigere Westrente.

Die Frauen gingen den juristischen Weg durch alle Instanzen hindurch erfolglos. Ein VA konnte ihnen nachträglich nicht zugesprochen werden wegen des Rückwirkungsverbotes im Grundgesetz, anders gesagt, weil die geschiedenen Partner Bestandsschutz für ihre Rente haben.

Nötig wäre ein **Rentenüberleitungsabschlussgesetz. Geltendes Recht kann sehr ungerecht sein.** Es muss endlich nachgebessert werden!

http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/Newsletter/2013/Alterssicherung_DDR_Geschiedene_Frauen.pdf

07 „Altersgerechte Arbeitswelt“

Unsere Lebensarbeitszeit wird auch in Zukunft weiter zunehmen - Stichwort "Rente mit 67". Umso wichtiger ist, dass wir in unseren Berufen eine alterns- und altersgerechte Arbeitswelt vorfinden. Die dazu notwendigen Rahmenbedingungen müssen weiter verbessert werden. Der **dritte Fortschrittsreport "Altersgerechte Arbeitswelt" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS)** mit dem **Schwerpunktthema "Länger gesund arbeiten"** dokumentiert das Erreichte und gibt Handlungsempfehlungen. Gut gestaltete Arbeit trägt zur psychischen Gesundheit, zur persönlichen Entfaltung und zur Motivation bei und fördert sie. Der Fortschrittsreport argumentiert, dass der Schutz vor zu hoher und zu niedriger psychischer Belastung in der Arbeitswelt genauso selbstverständlich sein muss wie der Schutz vor Lärm, Staub und Chemikalien. Der Gesetzgeber hat daher kürzlich im Arbeitsschutzgesetz klargestellt, dass die Betriebe die physische und die psychische Gesundheit in der Gefährdungsbeurteilung der Arbeitsplätze gleichermaßen berücksichtigen müssen.

Diese Broschüre mit der Art.-Nr.: **A746-3** ist zu bestellen über

Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock,

Tel.: 01805 7780-90, Fax: 01805 7780-94, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

08 Lesermeinung

Die "klimaschonende Mobilität" in BRH Aktuell Nr. 21, Beitrag 3, ist physikalisch und daher auch begrifflich barer Unsinn. Für die politisch gewollte CO₂-Hypothese fehlt nach wie vor jeder physikalische Experimentalbeweis. Selbst die "DDR"-Physikerin Merkel wagt das nicht zu behaupten, wie man ihrer Nichtantwort auf die Frage: **"Sind Sie sich als Naturwissenschaftlerin völlig sicher, dass CO₂ der Hauptgrund für die Erderwärmung ist?"** entnehmen kann, nachzulesen hier:

<http://www.bild.de/politik/2009/kopenhagen/angela-merkel-ueber-co2-und-erderwaermung-10801806.bild.html>.

Seit 2007 sammle ich Presse- und Fachbeiträge zum Klima-Thema und stelle sie ins Internet. <http://www.schmanck.de/KlimaPresse.html> Daher bin ich selbst ziemlich gut informiert.

Burghard Schmanck, Werne

09 Mitmachen – Nicht meckern!

Beim „BRH-AKTUELL“ sollen Ihre Wünsche und Vorstellungen als BRH-Mitglied und nicht die Interessen von Gewerkschaftsfunktionären im Vordergrund stehen. Sie als Leser sollten mitgestalten. Schreiben Sie **Leserbriefe, von 5 bis 10 Zeilen, für den „BRH-AKTUELL“**. Schön wäre es, wenn Sie **Kontakt zu uns halten** und uns hin und wieder **mitteilen, wie zufrieden oder unzufrieden Sie mit uns sind**. Haben Sie z.B. **eigene Vorschläge?** Wir freuen uns über jegliche Art der Anregung und auch Kritik.

E-Mail: brh-aktuell@gmx.de

Postanschrift: BRH-aktuell, c/o Riedel, Dreiningfeldstr. 32, 48565 Steinfurt